

# Debattenschau 14. Juni 2012

Überall in den vergangenen Wochen: Die Debatte um den **Euro**. Brauchen wir ihn? Brauchen wir ihn nicht? Peer Steinbrück [rezensiert](#) in der FAZ Thilo **Sarrazins** Buch "Europa braucht den Euro nicht." Fritz Scharpf, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, diagnostizierte schon vor Monaten (allerdings ohne großes Medienecho) in der [Max Planck Forschung](#): "Mit dem Euro geht die Rechnung nicht auf."

Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Clubs, hat in der [FAZ](#) (18.05.) die Folgen einer weitgehenden Automatisierung der **Arbeit** an die Wand gemalt. Sein Fazit: Durch die Maschinen arbeitslos gewordene Menschen sollen ein Grundeinkommen erhalten, welches sich durch eine Automatisierungsdividenden finanziert: eine Besteuerung nichtmenschlicher Arbeit. [Service Insiders](#) hat eine Reihe von Experten um ihr Urteil. Der Tenor: Die These, dass Maschinen Menschen arbeitslos machen, ist schlichtweg falsch.

*Die gesamte Geschichte der technischen Industrialisierung belegt das Gegenteil. In Dienstleistungsberufen arbeiten heute rund 70 Prozent der Beschäftigten. Das hätte Karl Marx nie für möglich gehalten.*

Ebenfalls in der FAZ: Ein [Gastbeitrag](#) von Dorothee Bäre, Familienpolitischer Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Generalsekretärin der CSU, zum Thema **Betreuungsgeld**. Darin die die vermutlich auf der Grundlage diverser Studien höchst anfechtbare These:

*"(...) dass die wirklich entscheidenden Lebensqualifikationen, die die Basis für die Wahrnehmung der vielen Bildungsangebote in späteren Jahren darstellen, von [den Eltern] (...) vermittelt werden."*

Aus den **Online-Petitionen**, die beim deutschen Bundestag eingereicht wurden:

Das [Bündnis Bürgerwille](#) ist gegen den **Rettungsschirm**. Die **Forderung**: Keine Ratifizierung des **Europäischen Stabilitätsmechanismus** und des **Fiskalpaktes** vom 27.04.2012.

*den nachfolgenden Gesetzesentwürfen soll nicht zugestimmt werden: – Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus*

*– Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Finanzierungsgesetz – ESMFinG)*

*– Änderung des Bundesschuldenwesengesetzes*

**Moratorium für gentech-Pflanzen.** Felix Prinz zu Löwenstein [fordert](#):

*Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung damit beauftragen, dafür einzutreten, dass die Europäische Union die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen zum Anbau aussetzt (Anbau-Moratorium), und er möge in Deutschland die gesetzliche Grundlage für den regionalen Ausschluss gentechnisch veränderter Pflanzen aus der Agrarkultur schaffen.*

Der von 43.250 Mitzeichnern unterstützte Antrag befindet sich in der parlamentarischen Prüfung.

Tim Wessels möchte [sicherstellen](#), dass **Selbstständige** von der **Rentenversicherungspflicht** befreit bleiben:

*Der Deutsche Bundestag möge der Einführung eines Rentenversicherungszwangs für Selbstständige nicht zustimmen. Insbesondere ist den hierzu von Arbeitsministerin von der Leyen vorgebrachten Plänen nicht zuzustimmen*

80.629 Mitzeichner; in der parlamentarischen Prüfung.

Andere Themen:

Die Grünen möchten, dass bis 2012 Regeln zum [Whistleblower-Schutz](#) erlassen werden.

Noch eine weitere Initiative im Parlament geht auf die Grünen zurück. Das [Compliancemagazin](#) berichtet:

*Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Informationen zu **sozialen** und **ökologischen** Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit zu veröffentlichen.*

Eine im Auftrag der Böll Stiftung erstellte [Studie](#) befasst sich mit der Frage, wie staatliche Unterstützung für **energetische Gebäudesanierung** zukünftig in größerem Stil finanziert werden könnte. Die Autoren sprechen sich gegen ein Quotenmodell und für einen Aufpreis auf Heizstoffe aus.

Die deutsche [Technology Review](#) greift im Rahmen einer Reportage die Frage auf, ob das Atommüll-Bergwerk **Asse II** besser ausgeräumt oder zubetoniert werden soll.

In der aktuellen [Gaia](#) (1/2012) geht Ulrich Brand der Frage nach, inwiefern eine "**green economy**" tatsächlich ein Weg sein kann, um Umweltzerstörung und Armut zu bekämpfen.

**Tierversuche:** Novelle des Tierschutzgesetzes auf der Grundlage der neuen EU-Tierschutzrichtlinie: Der Direktor des Deutschen Primatenzentrums, Stefan Treue, macht sich im [Leibniz-Journal](#) (1/2012) für das Modell der Selbstverpflichtung stark